

geschrittenen Ländern, in denen etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt, hat sich trotz der Kriegseinwirkungen ständig verbessert. Das war möglich, weil hier die Schwelle der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur bereits erreicht war, auf der eine ständige Aufwärtsbewegung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich möglich ist und die damit auch eine ziemliche politische Stabilität garantiert. Vierfünftel der Weltbevölkerung konnte während der gleichen Zeit kaum wirtschaftliche und, damit zusammenhängend, soziale Fortschritte erreichen, trotz gewisser Unterstützungen seitens der wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder. Die Gründe hierfür sind sehr komplexer Art, und dies ist kein geeigneter Rahmen, auf diese Gründe ausführlich einzugehen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die unbefriedigende wirtschaftliche und soziale Situation nicht nur die politische Stabilität dieser Gebiete, sondern den Weltfrieden überhaupt gefährdet. Wie die Situation im Augenblick aussieht, kann sie nur geändert werden, wenn sich in den fortgeschrittenen Ländern die Einsicht durchsetzt, daß die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den rückständigen Gebieten für die Erhaltung der Stabilität ihres eigenen Fortschritts zwingend notwendig ist. Zwar hatten die Gründerstaaten der UN die Förderung in dieser Richtung aus vernünftigen Gründen als Ziel formuliert, aber infolge der egoistischen und nationalistischen Orientierung einzelner Regierungen ist dieses Ziel in noch größere Ferne gerückt. Gäbe es für die wohlhabenden Länder die Möglichkeit einer Isolation von dem Rest der Welt, so wäre kaum anzunehmen, daß ein Land aus altruistischen Motiven die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Gebiete unterstützen würde. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung gibt den Menschen heute so viele Kommunikationsmöglichkeiten, daß die Chance einer Isolation nicht mehr gegeben ist. Die Kommunikation hat in den unterentwickelten Ländern den Impuls geschaffen, der das Aspirationsniveau der Bevölkerung so enorm gesteigert hat. Dieser unbedingte Wille zum Fortschritt und die aus der großen Armut resultierende explosive geistige Verfassung der Menschen führt nicht nur zu großer Unzufriedenheit — der nicht selten in Demonstrationen sowie

durch sinnlose Zerstörung von technischen Einrichtungen Ausdruck verliehen wird — sie führt auf nationaler Basis zu Krisen, die internationale Verwicklungen nach sich ziehen. Die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder werden also in diese Krisen einbezogen. Wie schnell aus einer nationalen Krise eine internationale werden kann, hat sich schon beim Koreakrieg gezeigt. Heute liefern Südostasien, der Mittelmeerraum, Afrika und selbst Südamerika deutliche Beispiele dafür.

Die technische Entwicklung hat die Welt tatsächlich zu einer Einheit gemacht, aber der Geist der meisten Menschen hat diese Entwicklung nicht mitvollzogen, sie denken immer noch wie im Zeitalter des Provinzialismus. Die Technik wird aber in den nächsten Jahrzehnten die Bewohner der Welt dazu zwingen, nicht mehr in den nationalen Kategorien „wir“ und die „anderen“ zu denken, sondern nur in den Kategorien der Menschheit. Es kommt darauf an, nach welchen Krisen und nach welcher Zerstörung die Menschen zu diesem Bewußtsein gelangen, wann die in der Charta der UN formulierten Grundsätze das Denken der Menschen beeinflussen. Daß dies heute noch nicht geschieht, zeigt die überwiegend bilaterale Abwicklung der technischen und finanziellen Entwicklungshilfe.

Von diesem Weltbewußtsein bis zur Entwicklung der rückständigen Gebiete wird dann noch ein sehr schwieriger Weg zu gehen sein. Aber dieses Bewußtsein muß am Anfang dieses Weges stehen. Zu diesem Weltbewußtsein müssen sowohl die Menschen der fortgeschrittenen Gebiete als auch die der rückständigen Gebiete erzogen werden. Die institutionellen Voraussetzungen dafür bieten die zahlreichen internationalen Organisationen der UN, in ihnen können die Probleme der Welt auf der Grundlage des neuen Bewußtseins gelöst werden.

Anmerkungen:

1 Report on the World Social Situation, Department of Economic and Social Affairs, United Nations, New York 1961, S. 4. Umfangreiches statistisches Material ist in den Jahresberichten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthalten.

2 S. Anm. 1, aaO, S. 5. Vgl. ferner unseren Beitrag in VN Heft 6/63 S. 200 ff.

Bildungsplan in den Entwicklungsländern

KLAUS HUFNER

Diplom-Volkswirt, z. Z. Princeton, USA

Heute erwirtschaften in den Entwicklungsländern mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung nur etwa zehn Prozent des Weltsozialprodukts. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zeigt in weltweiter Sicht ein Nord-Süd-Gefälle, dessen Beseitigung zu den entscheidenden Aufgaben der UN-Familie, d. h. der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, gehört.

Ausgehend von der Interdependenz der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes wird die alte Auffassung abgelehnt, wonach Ausgaben für Sachkapitalausrüstung als „produktive Investition“ und Ausgaben für das Bildungswesen und andere soziale Einrichtungen als „nichtproduktiver Konsum“ bezeichnet werden. Diese Unterscheidung führte zu der falschen wirtschaftspolitischen Konzeption, daß die erstrebte Wachstumsrate einer Volkswirtschaft am besten durch eine Maximierung der Sachkapitalausgaben und eine Minimierung der Sozialausgaben zu erreichen sei. Diese Auffassung wurde durch zahlreiche Untersuchungen über die Größen, die zum Wirtschaftswachstum in den USA und anderen westlichen Industriestaaten führten, widerlegt. Dabei ergaben Input-Output-Vergleiche, daß der durch zusätzlichen Einsatz der Faktoren Kapital und Arbeit errechnete Er-

tragszuwachs nur zu etwa einem Drittel diesen beiden Faktoren zugerechnet werden kann. Die restlichen zwei Drittel des wirtschaftlichen Wachstums bedürfen noch einer näheren Erklärung. Durch andere methodische Ansätze ist es bisher lediglich gelungen, eine enge Beziehung zwischen dem Bildungsniveau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft festzustellen.

Zur Finanzierung eines gut ausgebauten Bildungswesens bedarf es einer hochentwickelten Volkswirtschaft. Das Bildungswesen andererseits beeinflusst in erheblichem Umfang das wirtschaftliche Wachstum. Besonders schwierig ist die Situation in den Entwicklungsländern; die meisten von ihnen befinden sich in einem Teufelskreis, der nur unter größten Anstrengungen zu durchbrechen ist. In den Entwicklungsländern ist die Arbeitsproduktivität sehr niedrig. Diese geringe Produktivität ist u. a. das Ergebnis eines noch nicht entwickelten Bildungswesens. Die Entwicklung des Bildungswesens wiederum hängt von den finanziellen Möglichkeiten ab. Die Finanzkraft der Entwicklungsländer wiederum ist gering, weil diese Länder wirtschaftlich unterentwickelt sind. Damit schließt sich der Teufelskreis. Die Entwicklungsländer befinden sich in einer Art Bildungsnotstand; ohne

Hilfe von außen sind sie nicht in der Lage, diesen Notstand zu beseitigen. Von den schulpflichtigen Kindern in den Entwicklungsländern können heute über 50 % nicht einmal die Grundschule besuchen. Nach Schätzung der UNESCO sind 700 Millionen Erwachsene auf der Welt Analphabeten. Zur Zeit wächst dieses Heer der erwachsenen Analphabeten jährlich um 20 bis 25 Millionen Menschen an, weil für die Bildung der schulpflichtigen Kinder Lehrer und Schulen sowie Lehr- und Lernmaterial fehlen.

Das Jahrzehnt der UN für Entwicklung

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat in der „UN-Entwicklungsdekade“¹ ihre wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zum Ausdruck gebracht. Für den Zeitraum 1960 bis 1970 wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5 Prozent pro Jahr für die Entwicklungsländer erstrebt. Die 5 Prozent stellen ein bescheidenes Ziel dar, da das jährliche Bevölkerungswachstum in einigen asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern 3 bis 3½ % beträgt, so daß ein Pro-Kopf-Wachstum von nur 1½ bis 2 % zu erwarten ist. Das wiederum bedeutet, daß 35 bis 50 Jahre notwendig sind, um in diesen Ländern das Pro-Kopf-Einkommen zu verdoppeln.

Die obengenannten Zahlen haben primär politische Bedeutung und dienen lediglich als Orientierungsfunktion. Sie können in diesem globalen Sinne keine echten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen für die einzelnen Entwicklungsländer darstellen.

Von besonderer Bedeutung ist die in der UN-Entwicklungsdekade zum Ausdruck gebrachte Zielsetzung, die Kräfte aller Sonderorganisationen und regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder zu konzentrieren, in deren Mittelpunkt die Probleme der Mobilisierung menschlicher Energien stehen. Die meisten der 2,2 Milliarden Menschen, die heute in den Entwicklungsländern leben, sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Einerseits herrscht bereits heute auf dem Lande Unterbeschäftigung und in den Städten Arbeitslosigkeit, andererseits wächst die Bevölkerung rasch und damit auch die Zahl der arbeitsfähigen und arbeitssuchenden Personen. Die Beschäftigungspolitik orientiert sich am Bedarf und Bestand an Arbeitskräften. Die qualitative Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials ist das Ergebnis der Bildungspolitik. Bildungsplanung und Wirtschaftsplanung können daher nicht isoliert betrachtet werden.

Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge sind von der UNESCO in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen drei regionale Rahmenpläne für die Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufgestellt worden². Damit sind zum ersten Male auf internationaler Ebene Pläne erarbeitet worden, die über die Grenzen einzelner Staaten weit hinausgehen. Über 70 Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen beteiligen sich an der Verwirklichung dieser Pläne. Da es sich um langfristige Planungen handelt, die sich auf große Regionen erstrecken, ist es nicht verwunderlich, daß die Pläne einer ständigen Revision unterliegen.

Bildung als Investition

Schon vor zwei Jahren deutete der Generalsekretär der UNESCO, René Maheu, in einem Interview des französischen Rundfunks an, welche Richtung die zukünftige Arbeit der UNESCO einschlagen wird. Er sagte damals: „Vielleicht liegt die größte geistige Aufgabe der UNESCO, zu der sie heute aufgerufen ist, gerade darin, den Beweis zu erbringen, daß die für die Bildung aufgewendeten Geldmittel nicht Auslagen im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern Investitionen sind. Bildung ist kein Luxus. Sie bildet einen Teil der Ausrüstung eines Landes. Die der Förderung der In-

dustrie oder der Landwirtschaft dienende Ausrüstung eines Landes ist weitgehend verloren, wenn das Kapital nicht vorher in den Menschen selbst investiert wird, damit er in der Lage ist, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen“³. Für die Wirtschaftsentwicklung sind eine Reihe von qualitativen Aspekten des Faktors Arbeit notwendig: Theoretisches Wissen, Fachwissen, Arbeitswille, Zukunftsglaube, Unternehmergeist, Wille zum Erfolg usw.⁴. Die Liste dieser Eigenschaften, die keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, zeigt deutlich, welche Schlüsselstellung dem geistigen Vermögen („Human Capital“) für die Wirtschaftsentwicklung zukommt.

In der Bildungsplanung der Entwicklungsländer müssen z. Z. wirtschaftliche Gesichtspunkte beim Ausbau des Bildungswesens im Vordergrund stehen. Daher empfiehlt es sich, die äußerst knappen Finanzmittel dort einzusetzen, wo sie unmittelbar und optimal der Wirtschaftsentwicklung dienen. Die wirtschaftliche Bedeutung von Investitionen auf dem Gebiete des Bildungswesens ist in letzter Zeit von den Organisationen für Entwicklungshilfe immer deutlicher erkannt worden. So hat sich die Weltbank entschlossen, durch die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) erstmals auch Anleihen für den Ausbau des Bildungswesens in einzelnen Ländern zu vergeben. Diese dem Ausbau der Infrastruktur dienenden „Vorinvestitionen“ bilden die Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum.

Bildungsplanung

Die drei großen bereits oben erwähnten Regionalpläne erforderten für das Jahr 1960 rd. 5 Md. US-Dollar. Die durchschnittlichen jährlichen Kosten für den Zeitraum 1965—1970 betragen 8 Md. Dollar.

Nach dem Karachi-Plan (1960—1980) soll bis 1980 allen Kindern die siebenjährige obligatorische und kostenlose Grundschulbildung ermöglicht werden. Der Anteil der Grundschüler an der Gesamtbevölkerung des Plangebietes betrug 1960 8,5 %. Bis 1980 soll er auf 20 % steigen. Einige Länder Asiens werden dieses Ziel vorzeitig erreichen, während andere Länder noch am Anfang der Entwicklung stehen. Insgesamt sieht der Karachi-Plan einen Aufwand von etwa 60 Md. US-Dollar in konstanten Preisen vor. Davon entfallen über Zweidrittel auf laufende Ausgaben. Der Karachi-Plan wurde 1962 in Tokio auf einer Konferenz der Bildungsminister der asiatischen Länder überprüft. Dabei wurde kritisiert, daß die Beziehungen zwischen dem Bildungswesen und der wirtschaftlichen Entwicklung in dem 1959 entwickelten Plan noch weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Es wurde beschlossen, die Bildungsplanung mit der nationalen Wirtschaftsplanung eng zu verbinden. Als Richtziel für 1980 wurde empfohlen, den Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt von etwa 2 % auf etwa 5 % zu erhöhen. Der Addis-Abeba-Plan (1961—1980) erstrebt für 1980 das Ziel, allen Kindern die sechsjährige Grundschulbildung zu ermöglichen. 30 % der Absolventen der Grundschule sollen auf weiterführende Schulen gelangen. 20 % der Absolventen der weiterführenden Schulen wiederum sollen die Möglichkeit haben, größtenteils an afrikanischen Hochschulen studieren zu können. Um die im Addis-Abeba-Plan enthaltenen Ziele verwirklichen zu können, sind erhebliche Finanzmittel notwendig, die die afrikanischen Staaten nicht allein aufbringen können, obwohl der Anteil ihrer Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt von gegenwärtig 3 % auf 6 % im Jahre 1980 steigen wird.

Der Santiago-Plan erstrebt für Lateinamerika, allen Kindern eine sechsjährige Grundschulbildung bereits bis 1970 zu ermöglichen. Für 1965 wird den lateinamerikanischen Staaten empfohlen, 4 % ihres Bruttosozialprodukts für Bildungsausgaben zu verwenden. Der Zehn-Jahres-Plan erfordert einen Gesamtaufwand von etwa 35 Md. US-Dollar.

Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas werden in den nächsten Jahren diese Globalziele umsetzen in ihre nationalen Bildungsplanungen, die wiederum zu integrieren sind in eine umfassende Wirtschaftsplanung. Dabei ergibt sich die Frage, wer die „Planer plant“. Um eine detaillierte Bildungsplanung in den Entwicklungsländern zu ermöglichen, sind mindestens 500 Experten für Asien, Afrika und Lateinamerika notwendig.

Internationales Institut für Bildungsplanung

Um dieser erhöhten Nachfrage nach Experten auf dem Gebiete der Bildungsplanung zu begegnen, wurde auf Beschluß der 12. Generalkonferenz der UNESCO das „Internationale Institut für Bildungsplanung“ gegründet. Dieses Institut hat am 18. Juli 1963 seine Arbeit aufgenommen. Es wird von der UNESCO, der Weltbank und der Ford-Stiftung zu je einem Drittel finanziert. Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, Gebäude und Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Vorläufig wird das Institut noch im UNESCO-Gebäude hospitierten.

Der Vorstand des Instituts besteht aus 11 Persönlichkeiten. Vorsitzender ist Sir Sidney Caine, Rektor der London School of Economics and Political Science. Weiterhin befindet sich im Vorstand Professor Helmut Becker, Berlin, Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes, Direktor des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft und Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission. Fünf weitere Vorstandsmitglieder werden als amtliche Vertreter vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Generalsekretär der UNESCO, dem Präsidenten der Weltbank, dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) und dem Direktor der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA) benannt, wobei die Vertreter der beiden letzten Institutionen abwechselnd mit Vertretern der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bzw. den beiden anderen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) und Afrika (ECA) im Vorstand vertreten sind. Direktor des Instituts ist Philip H. Coombs, bis vor kurzem Assistant Secretary of State im amerikanischen Kultus- und Erziehungsministerium und früher hoher Beamter der Ford-Stiftung.

Der Direktor sagte kürzlich in einer Erklärung über die Ziele des Instituts: „Es ist dringend notwendig, das Bildungswesen zu Hilfe zu holen, denn nur so kann man Fachkräfte mit ausreichender Erziehung und Ausbildung gewinnen, die für das Wirtschaftswachstum, zur Stärkung örtlicher Institutionen und für den allgemeinen Fortschritt unentbehrlich sind. Neue Stahlwerke, Dämme und Düsenflugplätze bleiben ebenso nutzlos wie kostspielige Symbole des sozialen Anspruches, wenn nicht die menschlichen und materiellen Reserven einer Nation gleichzeitig und im rechten Verhältnis zueinander entwickelt werden ... Dabei müssen die Entwicklungsländer ihre eigenen Bildungssysteme entwerfen, die ihren besonderen Verhältnissen und ihrer Brieftasche angemessen sind ... Was wir dazu brauchen, ist im Grunde ein neuer Typ von Fachmann, den ich *Stratege für pädagogische Entwicklung* nennen möchte. Er muß imstande sein, ein Bildungssystem in der richtigen Perspektive zu sehen und seine Beziehungen zu dem komplexen Vorgang zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung richtig zu beurteilen.“

Die Gründung dieses neuen Instituts ist Ausdruck der wachsenden Anerkennung der Bedeutung des menschlichen Faktors in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch Ökonomen, Pädagogen, Soziologen und Verwaltungsfachleute. Ein akuter Mangel an qualifizierten Fachkräften spiegelt nicht nur Engpässe im Bildungswesen wider, sondern bedeutet zugleich ein ernstes Handicap für das Wirtschafts-

wachstum vieler Entwicklungsländer. Kapitalhilfe ist ohne Bildungs- bzw. Beratungshilfe undenkbar. Ein neues Stahlwerk hat nur symbolischen Wert und ist äußerst kostspielig, wenn die entsprechenden Fachkräfte fehlen, die in der Lage sind, die komplizierten Arbeiten zu übernehmen. Ebenso verfehlt kann eine Investitionspolitik auf dem Bildungssektor sein. Eine moderne Universität, der auf Grund eines unterentwickelten Bildungswesens, d. h. mangelhaft ausgebauter Grundschulen und weiterführender Schulen, die Studenten fehlen, ist zwar ein Politikum von entscheidender Bedeutung, höchstwahrscheinlich auch ein Teil des nationalen Prestiges, ein Beweis für den Beginn einer unabhängigen politischen Entwicklung, ökonomisch gesehen jedoch eine fehlgeleitete Investition.

Aufgabe des neuen Institutes wird es sein, die Zusammenhänge zwischen Bildungsplanung und Wirtschaftsplanung im weltweiten Maßstab näher zu untersuchen. Sein Ziel ist es, den ökonomischen und sozialen Fortschritt durch verbesserte Bildungsplanung zu erreichen. Dabei geht es vor allem um eine Integration der Bildungsplanung im Rahmen der Wirtschaftsplanung. Obwohl das Institut sich mit den Entwicklungen auf dem Gebiet des Bildungswesens in allen Mitgliedstaaten beschäftigt, so konzentriert es sich doch vor allem auf die Entwicklungsländer. Das Institut ist in erster Linie eine wissenschaftliche Einrichtung, die die technischen Probleme der Bildungs- und Wirtschaftsplanung untersucht. Es wird sich nicht auf den einen oder anderen Bildungssektor spezialisieren, sondern vielmehr alle Typen der formalen Bildung, die zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen, untersuchen. Damit ist ein Zentrum für einen internationalen Gedankenaustausch geschaffen worden, an dem Ökonomen, Pädagogen, Soziologen und andere Fachleute über Fragen der Bildungs- und Wirtschaftsplanung diskutieren können.

In den ersten beiden Jahren werden sich die Mitglieder des Instituts auf folgende Tätigkeitsbereiche konzentrieren:

1. Überblick über den gegenwärtigen Stand des Wissens und die dringlichsten wissenschaftlichen Aufgaben der Bildungsplanung;
2. Schaffung einer Übersicht aller Tätigkeiten anderer Organisationen auf dem Gebiet der Bildungsplanung;
3. Auswahl von Prioritäten für die Tätigkeit des Instituts;
4. Vorbereitung und Durchführung erster Tagungen.

Im April dieses Jahres hat das Institut sein erstes Seminar durchgeführt, das sich mit Problemen und Methoden der Planung des Bildungswesens in Lateinamerika beschäftigt hat. Dabei standen ein Überblick über die derzeitige Lage des lateinamerikanischen Bildungswesens und die bisherigen Erfahrungen mit der Bildungsplanung im Mittelpunkt der Diskussionen. Die Seminarteilnehmer — 30 Experten aus acht lateinamerikanischen Staaten — hatten weiterhin die Gelegenheit, die Bildungspläne ihrer Länder mit denen Frankreichs, Jugoslawiens und der Sowjetunion zu vergleichen. Gleichzeitig wurden die methodischen Grundlagen für die Aufstellung umfassender Bildungspläne erarbeitet, wobei insbesondere die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsbedürfnisse der einzelnen lateinamerikanischen Staaten berücksichtigt worden sind.

Zusammenfassung

Bildungsinvestitionen gehören zu den Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in den Entwicklungsländern. Sie dienen dem Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur. Daher sind sie ebenso wichtig wie Kapitalinvestitionen. Nachdem diese Zusammenhänge erkannt worden sind, besteht die Hauptaufgabe des Internationalen Instituts für Bildungsplanung darin, die zur Durchführung der Rahmen-

pläne von Addis Abeba, Karachi/Tokio und Santiago de Chile notwendigen Experten auszubilden, damit die zu einem beschleunigten Wirtschaftswachstum notwendige Entwicklung des Bildungswesens in Asien, Afrika und Lateinamerika im Rahmen der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verwirklicht werden kann.

Anmerkungen:

- 1 UN: The United Nations Development Decade. Proposals for Action. Report of the Secretary-General, New York 1962. Siehe auch hierzu: Jahrzehnt der Vereinten Nationen für Entwicklung. Entschliebung 1710 (XVI) vom 19. Dezember 1961. — Deutsche Übersetzung s. VN Heft 5/62 S. 157 f.
- 2 UN/UNESCO/ECAFE: A Working Plan for the Provision of Universal, Compulsory and Free Primary Education in Asia (1960—1980), in: The Needs of Asia in Primary Education. Educational Studies and Documents No. 41, Paris 1961; vgl. ferner UN/UNESCO/ECAFE: Final Report, Meeting of Ministers of Education of Asian Member States Participating in the Karachi Plan, Tokyo, 2—11 April 1962. — UN/UNESCO/ECA: Outline of a Plan for African Educational Deve-

lopment, in: Final Report, Conference of African States on the Development of Education in Africa, Addis Abeba, 15—25 May 1961. — Grundzüge eines Plans für den Aufbau des Bildungswesens in Afrika. (Auszüge aus dem Bericht der UNESCO von der Konferenz der afrikanischen Staaten über die Entwicklung des Bildungswesens in Afrika, hrsg. von der Deutschen UNESCO-Kommission, Köln 1962. — UN/UNESCO/ECLA: La conferencia sobre educación y desarrollo económico y social en América Latina, Santiago de Chile, 5 al 19 de marzo de 1962. Veröffentlicht in: Boletín del Proyecto Principal de Educación de la UNESCO para América Latina No. 14. 3 Veröffentlicht in: UNESCO-Kurier Heft Juli/August 1962.

- 4 Report on the World Social Situation (with special reference to the problem of balanced social and economic development), Department of Economic and Social Affairs, United Nations, New York 1961, S. 32.

Literaturhinweise

von Recum, Hasso: Bildungsplanung in Entwicklungsländern, Dokumentation, Arbeitsmaterial der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Nr. 9, Dezember 1963; ders.: Das Bildungswesen als Entwicklungsfaktor, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von Erik Boettcher, Tübingen 1963.

UN und Sonderorganisationen in Kürze

Quaison-Sackey Präsident der 19. Generalversammlung

Der ghanesische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Alex Quaison-Sackey, wurde am Eröffnungstag der 19. Generalversammlung durch Akklamation zum neuen Versammlungspräsidenten gewählt. Damit nimmt erstmals seit Bestehen der Versammlung ein Vertreter Schwarz-Afrikas das Amt ein. (Wir berichten im nächsten Heft über die jetzige Tagung der Generalversammlung.)

Die Vereinten Nationen in der britischen Thronrede

Königin Elisabeth eröffnete in England am 3. November 1964 in üblicher Weise mit einer Thronrede das neue Parlament. Diese Reden verkünden das von der Regierung aufgestellte Programm. Der sachliche Teil beginnt mit einem eindrucksvollen Bekenntnis zu den Vereinten Nationen. Auch später, im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe, spricht die Thronrede wieder von den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen. Der die Einstellung der jetzigen britischen Regierung zu den Vereinten Nationen kennzeichnende Abschnitt lautet: „Auf dem Gebiet der Außenpolitik wird das Hauptziel meiner Minister darin bestehen, eine Verminderung der Ost-West-Spannungen anzustreben. Zu diesem Zweck werden sie die Vereinten Nationen in ihrer entscheidenden Rolle, die Welt von der Gefahr des Krieges zu befreien, erneut und energischer denn je unterstützen, und sie werden überlegen, wie unser Land die Möglichkeiten der Organisation, den Frieden zu erhalten, in wirkungsvoller Weise stärken kann. Sie werden bemüht sein, weitere Fortschritte in Richtung auf die Abrüstung zu ermutigen und auch zu anderen Maßnahmen beizutragen, die es ermöglichen, daß an die Stelle des Ost-West-Konflikts internationale Zusammenarbeit zum Zwecke der Förderung von Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt tritt.“

Stiftung für das Forschungs- und Ausbildungs-Institut der UNO

Durch eine Stiftung des Rockefeller-Fonds in Höhe von 450 000 \$, die zum Ankauf eines Gebäudes in der Nähe des UN-Hauptquartiers in New York verwendet werden soll, sind nunmehr die letzten Hindernisse zur Errichtung des Forschungs- und Ausbildungs-Instituts der UNO aus dem Wege geräumt worden. Das Institut soll spätestens Ende 1965 eröffnet werden. — Eine Entschliebung der Generalversammlung aus dem Jahre 1963 hatte den Generalsekretär ermächtigt, die notwendigen Schritte zur Errichtung eines Forschungs- und Ausbildungs-Zentrums zu unternehmen. Seine Aufforderung an die Mitgliedstaaten der Organisation, das geplante Projekt finanziell zu unterstützen, wurde bisher von 30 Regierungen und 3 privaten Stiftungen beantwortet, die eine Gesamtsumme von 2,8 Millionen \$ zur Verfügung stellten. 15 weitere Regierungen und private Einrichtungen haben angemessene Beträge in Aussicht gestellt. Für die Errichtung des Instituts wird eine Gesamtsumme von 5 Millionen \$ benötigt. Die Forschungen des Instituts sollen sich auf drei Hauptgebiete erstrecken: 1. die Aufgabe der Vereinten Nationen bei der Aufrechterhaltung des Weltfriedens; 2. die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung; 3. die Ausbildung des Personalwachstums in der UNO unter besonderer Berücksichtigung der in die Entwicklungsländer zu entsendenden Vertreter. Wie der Generalsekretär jedoch betonte, soll das Institut auch für andere in den Rahmen der UNO fallende Forschungsprojekte zur Verfügung stehen. Besondere Bedeutung käme in diesem Zusammenhang der Ausbildung des Personalwachstums zu, der nicht nur durch theoretisches Wissen, sondern auch durch praktische Arbeit in den verschiedensten Abteilungen der Organisation geschult werden müsse. Wissenschaftler aus aller Welt sollen sich an der Arbeit des Instituts mit Gastvorlesungen, Seminaren und Forschungsarbeiten beteiligen.

Rückgang der Kinderlähmung

Die Zahl der Erkrankungen an Kinderlähmung ist in den Jahren 1951 bis 1962 in allen Teilen der Welt stark zurückgegangen. Zu diesem Ergebnis kam die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer statistischen Untersuchung, die sie auf Grund der von 28 Ländern zur Verfügung gestellten Daten durchführen konnte. Bis vor kurzem glaubte man noch, daß Kinderlähmung nur in gemäßigten Klimazonen auftreten würde. Die Untersuchung der WHO jedoch beweist, daß sie in allen Teilen der Welt auftritt. In Ländern mit ausgeprägten Jahreszeiten wie Kanada, die Vereinigten Staaten, Japan, die meisten europäischen Länder und Australien kommt Kinderlähmung am häufigsten in den Sommermonaten oder im Frühherbst vor, wohingegen in Ländern mit weniger ausgeprägten Jahreszeiten, wie in der Vereinigten Arabischen Republik und Mexiko, Kinderlähmung das ganze Jahr hindurch beobachtet werden kann. — Auf dem europäischen Kontinent war Norwegen im Kampf gegen die Kinderlähmung am erfolgreichsten. In den Jahren 1951 bis 1961 sank die Zahl der Fälle um 97%. In der BRD wurden 1952 9540 Fälle beobachtet; 1962 jedoch nur 291. Ähnlich hohe Rückgangszahlen meldeten die USA, Kanada und Mexiko für den amerikanischen Kontinent, Israel und Japan für Asien und Australien und Neuseeland für Ozeanien. Die einzigen Abweichungen vom allgemeinen Rückgangstrend waren in der VAR und in Ceylon zu verzeichnen, wo die Zahl der Fälle von 1951 bis 1962 rapide anstieg. Der Grund liegt darin, daß beide Länder bis vor kurzem noch keine Massenimpfungen durchführten.

Veränderungen in den Mitgliedschaften der Vereinten Nationen

UN: Zugänge durch Malawi am 1. Dezember 1964 als 113., Sambia als 114. und Malta als 115. Mitglied.
ILO: Zugang durch Sambia am 2. Dezember 1964 als 111. Mitglied.
UNESCO: Zugänge durch Malawi am 29. Oktober als 116. und Sambia am 31. Oktober 1964 als 117. Mitglied.
ICAO: Zugang durch Sambia am 29. November 1964 als 107. Mitglied.